

Herr
Richter Behrens
Verwaltungsgerichtshof Hannover
Postfach 6122

30061 Hannover

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Berlin, den
04.10.2012	4 A 2747/11	AFR 44-12.017	15.11.2012

ASYLVERFAHREN EINES NIGERIANISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN GEGEN DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Sehr geehrter Herr Richter Behrens,

vielen Dank für Ihre Anfrage im Verwaltungsgerichtsverfahren eines nigerianischen Staatsangehörigen.

Ihre Anfrage kann Amnesty International wie folgt beantworten:

Läuft der Kläger bei einer Abschiebung nach Nigeria Gefahr, wegen seiner Homosexualität strafrechtlich verfolgt zu werden?

Nachfolgend wird insbesondere auch auf die im Beweisbeschluss aufgeführten Gründe eingegangen.

Aktuelle Gesetzeslage und Strafverfolgung

Vom Gesetz unter Strafe gestellt ist bislang der gleichgeschlechtliche sexuelle Akt, doch die Praxis der nigerianischen Rechtsprechung lässt keine Differenzierung zwischen gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen und Homosexualität als solche erkennen. So hat in der Vergangenheit beispielsweise bereits das Tragen von Frauenkleidern zur Anklage geführt.

Nach Kapitel 21, Artikel 214 des Strafgesetzbuches Nigerias (*Code of Criminal Law*) ist jede Person, die

- (1) Geschlechtsverkehr wider der Natur (*against the order of nature*) mit einer anderen Person hat; oder
 - (2) Geschlechtsverkehr mit einem Tier hat; oder
 - (3) einer männlichen Person erlaubt, unnatürlichen Geschlechtsverkehr mit ihm oder ihr auszuüben;
- eines schweren Verbrechens (*felony*) schuldig. Dies kann mit bis zu 14 Jahren Haft bestraft werden.¹

Ferner droht nach Artikel 215 eine siebenjährige Haftstrafe für Personen, die versuchen, eine der in Artikel 214 genannten Straftaten zu begehen.²

¹ Code of Criminal Law: Chapter 21, Article 214

Schließlich sieht Artikel 217 drei Jahre Gefängnis vor, für männliche Personen, die öffentlich oder privat einen Akt grober Unanständigkeit miteinander begehen, oder versuchen, eine andere männliche Person zu einer solchen Handlung zu bewegen.³

Einen Auszug aus dem Strafgesetzbuch finden Sie anbei.

Eine Haftstrafe ist in Nigeria mit äußerster Härte verbunden: Dazu zählt, dass Personen bis zu 10 Jahre in Untersuchungshaft bleiben. Einige Gefangene sind wegen Bagatelldelikten oder völlig unschuldig verhaftet worden, doch da sie selbst geringe Beträge an Geldstrafe oder Kautions nicht aufbringen können und es zu keiner Verhandlung kommt, bleiben sie bis zu 10 Jahre lang inhaftiert. Weitere Probleme in den nigerianischen Gefängnissen sind Überfüllung, schlechte Sanitärversorgung, Korruption, schlechte Ernährung und mangelnde Gesundheitsversorgung.

Nach offiziellen Zählungen befanden sich 2011 insgesamt 48.000 Gefangene in über 200 Gefängnissen, womit die Kapazitätsgrenze um mehr als das Doppelte überschritten ist. Ca. 70% warten auf den Beginn ihres Prozesses.

Besonders die Situation der HIV/AIDS-Infizierten, die durch Drogenkonsum und Sexualität in den Gefängnissen ansteigt, stellt sich als unmenschlich dar. Die Gefängnisse sind stark überfüllt, die Gefangenen werden weder mit ausreichend Lebensmitteln noch medizinisch versorgt. Nur wenige können sich einen Anwalt leisten. Homosexuelle müssen zudem zu jeder Zeit mit Übergriffen durch andere Häftlinge, aber auch durch Sicherheitskräfte rechnen.⁴

Die 1999 in den 12 nördlichen Bundesstaaten eingeführte Sharia-Strafgesetzgebung sieht noch härtere Strafen für Homosexualität vor als das nigerianische Strafgesetzbuch. Sie wird darin als „Sodomie“ bezeichnet. So beispielsweise in Kapitel III des Sharia-Strafgesetzbuches des Bundesstaates Kano aus dem Jahr 2000 „Hudud und Hudud-ähnliche Vergehen“, Teil III „Sodomy (Liwa)“, Abschnitt 128-129. Der Bundesstaat Zamfara stellt auch die sexuelle Beziehung zwischen zwei Frauen (Sihaq) unter Strafe. Kapitel VIII, Artikel 135 des „Zamfara State of Nigeria Shari'a Penal Code Law“ sieht als Strafe für dieses Vergehen bis zu 50 Stockschläge und zusätzlich eine bis zu sechsmonatige Haftstrafe vor. Nach Artikel 130 sind (männliche) Homosexualität und Sodomie (Liwat) gleichgestellt. Die dafür vorgesehene Strafe liegt nach Artikel 131 bei unverheirateten Personen bei 100 Stockschlägen und einem Jahr Freiheitsentzug. Verheiratete Personen müssen mit der Steinigung rechnen.⁵ Theoretisch können von einem Scharia-Gericht Verurteilte auch vor einem staatlichen Gericht in Berufung gehen, doch ist dies praktisch kaum möglich, weil der Zugang zur Justiz in Nigeria grundsätzlich stark eingeschränkt ist.

Im Bundesstaat Bauchi wurde ein Mann im September 2003 zum Tod durch Steinigung verurteilt, nachdem er der Sodomie für schuldig befunden worden war. Im August 2008 wurden mehrere Personen wegen mutmaßlicher gleichgeschlechtlicher Beziehungen verhaftet und zum Tode verurteilt. Allerdings wurde ein solches Todesurteil bis jetzt nicht vollstreckt.

Entwicklung und Inhalt des Same Gender Marriage (Prohibition) Bill

Im Januar 2006 legte der nigerianische Justizminister, Bayo Ojo, einen Gesetzesentwurf vor, der die Verschärfung bestehender Gesetze über Homosexualität zum Ziel hatte: So sah er fünf Jahre Haft für

² Code of Criminal Law: Chapter 21, Article 215

³ Code of Criminal Law: Chapter 21, Article 217

⁴ Amnesty International: Nigeria: Trapped in the Cycle of Violence, 2012

⁵ Zamfara State of Nigeria Shari'a Penal Code Law, 1999



jede Person vor, die eine Beziehung mit einer Person gleichen Geschlechts eingeht, fördert oder unterstützt. Bestandteil des Entwurfs war ferner ein Verbot der Registrierung von „Homosexuellen-Clubs, -Vereinen und -Organisationen“. Ferner sollte die Mitgliedschaft in einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzt, ebenfalls mit fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Der Gesetzesentwurf passierte das Repräsentantenhaus, wurde aber vom Senat vor dem Regierungswechsel 2007 nicht mehr verabschiedet.

Im Jahr 2008 wurde ein ähnlicher Gesetzesentwurf erneut in den Senat eingebracht, der eine dreijährige Freiheitsstrafe für Personen vorsah, die eine gleichgeschlechtliche Ehe eingehen. Mit fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe wäre demnach auch die Bezeugung, Förderung und Unterstützung einer solchen Heirat strafbar geworden. Der Entwurf passierte zwei Lesungen im Senat und wurde nach massiven Protesten der internationalen Gemeinschaft nicht weiter behandelt.⁶

Im Jahr 2011 wurde der *Same Gender Marriage (Prohibition) Bill* erneut ins Parlament eingebracht. Der Senat hat dem Entwurf am 29. November 2011 zugestimmt. Der Gesetzesentwurf liegt derzeit im Repräsentantenhaus, wo er im Dezember 2011 bereits einmal gelesen wurde. Insgesamt muss es drei Lesungen geben, bevor der Entwurf auch in dieser Kammer verabschiedet werden kann. Anschließend kommt es zur Unterschrift durch den Präsidenten, der das Gesetz damit in Kraft setzt. Derzeit ist nicht absehbar, wann dies geschehen wird.

Diesem Entwurf entsprechend würde einer Person in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung eine Gefängnisstrafe von bis zu 14 Jahren drohen, was einer weiteren Verschärfung gegenüber den vorherigen Gesetzesentwürfen entspricht. Allerdings würden auch Vereine, Organisationen oder Kirchengemeinden unter Strafe gestellt werden, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzen. Der Entwurf sieht Strafen von bis zu 10 Jahren Haft sowie eine hohe Geldstrafe für all jene vor, die gleichgeschlechtliche Beziehungen „begünstigen, fördern oder davon Kenntnis haben“. Gleiches gilt für die "öffentliche Zurschaustellung einer Liebesbeziehung unter Gleichgeschlechtlichen".⁷

Diesem Schreiben ist der Gesetzesentwurf im Wortlaut beigefügt.

Die Verabschiedung des Gesetzes würde die Behörden autorisieren, jede Versammlung von Personen, die verdächtigt werden, homosexuell zu sein, aufzulösen und die beteiligten Personen zu bestrafen. Dies verletzt die in der nigerianischen Verfassung garantierten Rechte auf Freiheit von Diskriminierung, Versammlungsfreiheit und auf Freiheit der Familie und des Privatlebens. Amnesty International befürchtet, dass ein solches Gesetz die Bereitschaft innerhalb der Gesellschaft zu Gewalt und Diskriminierung gegen auf Homosexualität und Transgender verdächtigte Personen weiter erhöht.

Besonders problematisch ist insbesondere die Gefährdung von Personen, die sich für die Rechte von Homosexuellen in Nigeria einsetzen oder mit ihnen bekannt sind. Das betrifft Menschenrechtsverteidiger, Menschen im Bereich HIV/AIDS-Vorsorge und -behandlung, aber auch Freunde, Angehörige und Kollegen. Dabei reicht das bloße Verdachtsmoment aus.

Amnesty International ist ebenso besorgt, dass das Gesetz den Anstrengungen Nigerias zuwider läuft, die Übertragungsrate von HIV/AIDS zu reduzieren, indem es Menschen, die ohnehin schon unter

⁶ Amnesty International: Human Rights Watch, International Gay and Lesbian Human Rights Commission: Memorandum. Nigeria: "Same Gender Marriage Prohibition Bill, 2011" violates Constitution, 2011

⁷ Amnesty International: Report 2012 Zur weltweiten Lage der Menschenrechte. Nigeria, 2012



Diskriminierung zu leiden haben, wegen ihrer sexuellen Identität oder Orientierung in den Untergrund drängt.⁸

Der Gesetzesentwurf widerspricht internationalen Verträgen und Konventionen, die die nigerianische Regierung unterzeichnet hat – darunter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker.

Eine detailliertere juristische Analyse des Gesetzes finden Sie anbei.

Verfolgung von Homosexuellen im Alltag und mögliche Rückzugsräume

Homosexualität in Nigeria offen zu leben, ist praktisch unmöglich, da sie sowohl strafrechtlich als auch gesellschaftlich verfolgt wird. Fälle von Lynchjustiz wurden in den vergangenen Jahren öffentlich und dokumentiert.

Seit der Einbringung des *Same Gender Marriage (Prohibition) Bill* ins Parlament sowie in die öffentliche Diskussion im Jahr 2006 hat sich die Verfolgungssituation für Homosexuelle weiter verschärft. Jegliche Verdächtigungen auf Homosexualität werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Anzeige gebracht und von den Medien veröffentlicht. In der Folge kommt es zu gewaltsamen Übergriffen und Verfolgung durch die Bevölkerung, aber auch durch staatliche Sicherheitskräfte.

Nach der medialen Veröffentlichung von Fotos, Namen und Adressen von Mitgliedern der *House of Rainbow Metropolitan Community Church* in Lagos sah sich ihr Pastor gezwungen, aus Nigeria zu fliehen. Kirchenmitglieder waren von Zeitungen als Unterstützer von Homosexuellen bezeichnet worden. Die Polizei schikanierte die Kirchenmitglieder, warf Steine auf sie und schlug sie.⁹

Im März 2011 vergewaltigten 10 Männer drei Mädchen in Benin (Edo State), weil sie annahmen, dass sie lesbisch seien. Die Vergewaltigung wurde aufgezeichnet und im Staat zirkuliert.¹⁰

Da Diskriminierung von Homosexuellen vom Staat rechtlich institutionalisiert ist, werden diskriminierende rechtliche Vorgaben instrumentalisiert und als eine Aufforderung zur Gewaltanwendung gegen Homosexuelle in der gesamten Gesellschaft verstanden. Da dieser Bevölkerungsgruppe ein Teil ihrer Rechte abgesprochen wurde, hat sie kaum eine Möglichkeit, als Opfer von Menschenrechtsverletzungen Zugang zu Rechtshilfe und Entschädigung zu bekommen, während die Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Polizei gilt als korrupt, nicht vertrauenswürdig und hat sich in der Vergangenheit selbst an Übergriffen auf Personen beteiligt, die verdächtigt wurden, homosexuell zu sein. Der einzig mögliche Rechtsschutz besteht durch engagierte Rechtsanwälte und Organisationen, die Rechtshilfe für Betroffene anbieten. Diese würden durch den neuen Gesetzesentwurf allerdings auch kriminalisiert werden.

Es gibt in Nigeria keine Regionen oder geschlossenen gesellschaftlichen Kreise, in denen Homosexualität diskret oder offen gelebt werden kann.

⁸ Amnesty International: Human Rights Watch, International Gay and Lesbian Human Rights Commission: Memorandum. Nigeria: "Same Gender Marriage Prohibition Bill, 2011" violates Constitution, 2011

⁹ Amnesty International, Human Rights Watch, International Gay and Lesbian Human Rights Commission: Memorandum. Nigeria: "Same Gender Marriage Prohibition Bill, 2011" violates Constitution, 2011

¹⁰ U.S. Department of State: Country Report on Human Rights Practices for 2011. Nigeria, 2012



Die Gefahr für Homosexuelle ist im Norden des Landes durch die schärfere Gesetzgebung der Scharia und deren Durchsetzung durch Hisbah-Milizen noch stärker ausgeprägt als im Süden. Ferner ist die Situation für Homosexuelle auf dem Land schwieriger als in den Millionenstädten, wo es zumindest noch eine temporäre Möglichkeit geben kann, unentdeckt zu bleiben.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Ulm-Düsterhöft

Fachreferentin für Afrika

